

„Euro ist stabiler als die D-Mark je war“

VORTRAG Prof. Dr. Hans-Peter Mayer sprach bei „Sillensteder Gesprächen“ über Entwicklungen in der EU

Der Abgeordnete sitzt seit 14 Jahren im Europäischen Parlament. Dabei hat er über manche Richtlinie entschieden, die jetzt in Deutschland umgesetzt werden muss.

VON HENNING KARASCH

SILLENSTEDE – Über Europas Weg in die Zukunft sprach beim zweiten Sillensteder Gespräch der Europaabgeordnete, Prof. Dr. Hans-Peter Mayer. Er ist Mitglied des Europäischen Parlaments sowie der Europäischen Volkspartei (EVP) und der CDU. „Europa entwickelt sich pausenlos“, sagte er. In seiner 14-jährigen Amtszeit seien zwölf Länder hinzugekommen.

Die Menschen klagten oft über Technokraten mit Regelungswut, die die Europäische Union (EU) regierten, so der Abgeordnete. Dabei sei die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) 1952 der erste europäische Pakt gewesen, der nicht gegen, sondern auf andere Staaten als Partner gerichtet gewesen sei. Teile der Souve-



Der Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Hans-Peter Mayer, referierte in Sillenstede.

WZ-FOTO: LÜBBE

ränität, etwa die Agrar- oder Umweltpolitik, wurden in die Zuständigkeit der EU übergeben.

Im Vertrag von Lissabon sei vor drei Jahren festgelegt worden, wer in der EU welche Zuständigkeiten besitze. Das EU-Parlament könne die EU-Kommission ermächtigen, delegierte Rechtsakte zu erlassen. Ergehe eine Verordnung, müsse diese von den Mitgliedsstaaten in geltendes Recht umgesetzt werden. Eine Richtlinie lege einen neuen Standard fest, die Staaten könnten Gesetze aber selbst verschärfen. So sei die Richtlinie zur Schlachthofhygiene weniger scharf, als es bereits deutsche Gesetze seien, und ein Gesetz zur Größe von Legebatterien, das 2012 hätte erlassen werden müssen, habe es in Deutschland schon 2006 gegeben.

Die Kommission überschreite allerdings teils ihre Kompetenzen. So sei eine Verordnung zum Verbot von Tabakwerbung vom EU-Gerichtshof aufgehoben worden, da Gesundheit nicht in die EU-Zuständigkeit falle.

Die Banken- und Schuldenkrise werde auch oft der

EU zugeschrieben, sagte Mayer. Dabei verfüge die Union nur über einen Haushalt von 120 Milliarden Euro. Dies sei nur ein Drittel des deutschen Haushalts, und nur sechs Prozent gingen in die EU-Organisation. Das übrige Geld fließe in Form von Subventionen an die Mitglieder zurück. Mit dem Rettungsfonds habe die EU ebenso wenig zu tun, da die Mitgliedsstaaten ein europäische Ebene verweigerten. Nun entschieden alle nationalen Parlamente selbst über Hilfen für Griechenland.

Auf europäischer Ebene sei der Stabilitätspakt verschärft wieder in Kraft gesetzt worden. Die Kommission fordere Einblick in die Haushalte der Mitglieder. Hier überschritten sich nationale und europäische Souveränität.

Der Euro sei so stabil, wie es die Deutsche Mark nie gewesen sei, so Mayer. Es gebe nie mehr als zwei Prozent Inflation, und der Euro sei die zweitgrößte Reservewährung der Welt. Die EU und der Euro zögen ihr Vertrauen weltweit, aus der Tatsache, dass die EU ein Viertel des weltweiten Bruttosozialprodukts ausma-